



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

58. Sitzung (öffentlich)

16. Februar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf die Entwicklung der Meistergründungsprämie und anderer Förderprogramme	1
Dem ergänzenden Bericht durch Staatssekretär Dr. Norbert Walter-Borjans (MWA) schließt sich eine Aussprache an.	
2 Gefahren des Steinkohleabbaus für das Trinkwasser in Dinslaken	4
<u>In Verbindung damit:</u>	
Ablehnung der Rahmenvereinbarung zwischen den Stadt- und Wasserwerken Dinslaken, der DSK und dem Lippeverband durch den Stadtrat Dinslaken	
Der Ausschuss führt eine Aussprache zum Bericht der Landesregierung (Vorlage 13/3210) durch.	

3 Umsetzung von BASEL II auf EU-Ebene

33

Auf Anregung des Abgeordneten Priggen verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, den Tagesordnungspunkt im Rahmen seiner im März stattfindenden Sitzung abschließend zu behandeln.

4 Verbraucherschutz voranbringen - Betrug mit Tachomanipulation stoppen

33

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6241

Nach kurzen Stellungnahmen aus den Fraktionen wird der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/6241, mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion abgelehnt.

5 Innovationspolitik NRW: Zukunftsfelder identifizieren - Innovation fördern - Arbeitsplätze schaffen

34

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6346

Und:

6 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen

34

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6240

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes 5 kommt der Ausschuss überein, die Punkte 5 und 6 zusammen zu beraten.

Der Ausschuss verständigt sich nach Geschäftsordnungshinweisen des Ausschussvorsitzenden darauf, die abschließende Beratung des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/6346, in seiner März-Sitzung abzuhalten.

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/6240, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

7 Zweckentfremdungsverordnung flexibilisieren - ein Beitrag zur Deregulierung der Wohnungsmärkte 35

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6121

Nach kurzen Stellungnahmen aus den Fraktionen wird der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/6121, mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

8 Klimaschutz optimieren - Emissionshandel und Förderung regenerativer Energien umgehend harmonisieren 36

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6494

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen verständigt sich der Ausschuss darauf, in seiner April-Sitzung abschließend zu beraten.

9 Heimischen Zuckerrübenanbau erhalten - Zuckermarktordnung reformieren und dabei die industrie-, technologie- und energiepolitischen Chancen nutzen 37

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6208

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen verständigt sich der Ausschuss darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

10 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften 38

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6222
Ausschussprotokoll 13/1425
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag seines Vorsitzenden darauf, in der März-Sitzung des Ausschusses über den Gesetzentwurf der Landesregierung abzustimmen.

- 11 Hochgeschwindigkeit für moderne und verbraucherfreundliche Fahrgastrechte** 39
Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6238
- 12 Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen muss profilierter, effizienter und internationaler ausgerichtet werden** 39
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6334
- 13 Die Welt zu Gast im Sportland NRW** 39
Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6347

Auf Anregung des Ausschussvorsitzenden werden die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 11 bis 13 ohne Votum in die federführenden Ausschüsse weitergeleitet.

- 14 Verschiedenes** 39
- Hinweise des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist darauf hin, der Antrag enthalte zahlreiche positive Elemente, die dabei helfen könnten, Strukturbrüche zu vermeiden. Ein gemeinsam getragenes Votum Nordrhein-Westfalens gegenüber der Bundesebene sei hilfreich.

Fritz Kollorz (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Antrag in enger Verbindung mit der Frage der Energieversorgungssicherheit über nachwachsende Rohstoffe zu sehen sei.

Der **Ausschuss** stimmt sodann der Empfehlung des **Ausschussvorsitzenden** einvernehmlich zu, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

10 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6222
Ausschussprotokoll 13/1425
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen führt aus, der Landtag habe den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/6222, nach der ersten Lesung am 24. November an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung zur Federführung sowie zur Mitberatung in den hiesigen Ausschuss sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen. Der federführende Ausschuss habe am 17. Januar 2005 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Die zahlreich eingegangenen Zuschriften sowie das Ergebnis seien im Ausschussprotokoll 13/1425 dokumentiert. Der hiesige Ausschuss berate heute erstmalig über den Gesetzentwurf.

Christian Weisbrich (CDU) konstatiert, der Gesetzentwurf bedeute gegenüber dem Status quo eine gewisse Verbesserung. Allerdings fehle eine vernünftige Folgekostenabschätzung. Zu befürchten seien nämlich Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Überdies enthalte der Gesetzentwurf zahlreiche Verordnungsermächtigungen, mit denen am Parlament und den Betroffenen vorbei gehandelt werden könne. Eine parlamentarische Kontrolle fände nicht mehr statt.

Trotz der Entschärfung, die gegenüber dem Referentenentwurf stattgefunden habe, finde keine 1:1-Umsetzung von EU-Recht statt. Im Bundesländervergleich lege Nordrhein-Westfalen sehr viel strengere Maßstäbe an. Änderungsvorschläge werde seine Fraktion noch einreichen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) hält den Gesetzentwurf für nicht zuträglich, sei er doch überbürokratisiert und überreglementiert. Auf die Nutzer und die Belange des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen werde keinerlei Rücksicht genommen.

Andrea Milz (CDU) erinnert daran, dass Nordrhein-Westfalen als noch einziges Bundesland die Fährtarife freier Fährunternehmen regle. Man könne doch dem Beispiel von Rheinland-Pfalz und Hessen folgen und diesen Zusammenhang streichen.

Vorsitzender Dr. Helmut Linssen regt eine Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Ausschusssitzung am 9. März an. - Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

11 Hochgeschwindigkeit für moderne und verbraucherfreundliche Fahrgastrechte

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6238

12 Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen muss profilierter, effizienter und internationaler ausgerichtet werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6334

13 Die Welt zu Gast im Sportland NRW

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6347

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen regt an, der Ausschuss solle die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 11 bis 13 ohne Votum in die jeweils federführenden Ausschüsse weiterleiten. - Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

14 Verschiedenes

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist auf den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5642, zum Thema "Sonderwirtschaftsgebiet Ruhr schaffen" hin. Soweit es um diesen Antrag gehe, habe es bereits Anregungen gegeben, eine Anhörung durchzuführen. Die antragstellende Fraktion solle sich im Obleutegespräch zu diesem Thema äußern. Dort solle das weitere Verfahren festgelegt werden.

Sodann weist der Ausschussvorsitzende auf eine Vorlage zum aktuellen Sachstand betreffend die EU-Dienstleistungsrichtlinie hin. Die schriftliche Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit werde den Abgeordneten in die Fächer zugestellt.